100 Jahre Arbeiterwohlfahrt an der Saar

AWO

AWO

Die Erinnerung an unsere Geschichte, an mutige Persönlichkeiten wie Angela Braun-Stratmann, Max Braun, Marie Juchacz und Johanna Kirchner, bleibt uns für immer Auftrag.

Das 100-jährige Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt an der Saar motiviert unser Herz, immer das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt unserer gelebten Solidarität zu stellen.

„Wohlfahrt heißt eben nicht Wohltaten erweisen. Wohlfahrt bedeutet, mit allen frei zu machenden Kräften das Wohl des gesunden, des kranken und der gefährdeten Menschen zu sichern oder wiederherzustellen."

Angela Braun-Stratmann 1947 bei der der Abstimmung im Saarländischen Landtag zur ersten Saar-Verfassung

Saarländisches Landesarchiv, N NL HartmannP 325, Foto: Paul Hartmann

Impressum:

Herausgeberin:
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland e. V.
Februar 2024
Hohenzollernstraße 45
66117 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 58605 0
Fax: 0681 / 58605 180
E-Mail: info@lvsaarland.awo.org
Vorsitzender: Marcel Dubois
VR 2526 Amtsgericht Saarbrücken

Inhaltlich Verantwortlicher gem. §55 Abs. 2 RStV:
Jürgen Nieser, Landesgeschäftsführer
Texte: Historische Kommission der AWO Saarland: Reinhard Klimmt, Albert Lang, Dr. Roland Märker, Delf Slotta, Rudi Strumm
Gestaltung: David Pasternak
Druck: AWO Faltblatt
Bildnachweise/Urhebernachweise: Titel: Saarländisches Landesarchiv, N NL HartmannP 325, Foto: Paul Hartmann, weitere Fotonachweise im Bild/Text vermerkt

Das Copyright der Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt, bei der AWO Saarland e. V.
Ausdruck, auch in Abzügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der AWO Saarland e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort

Die Erfolgsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt an der Saar ist vor allem den Persönlichkeiten zu verdanken, die mit einer klaren Vision der Menschlichkeit und der Hilfe zur Selbsthilfe unter widrigsten Bedingungen helfen wollten, also Menschen wie Marie Juchacz und Johanna Kirchner sowie Angela Braun-Stratmann und Max Braun, die am 13. Februar 1924 die Arbeiterwohlfahrt an der Saar in Zeiten großer humanitärer Not gründeten.
Zugleich war Angela Braun-Stratmanns Mission die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Entscheidungen in der Politik. Die Gründungen der Arbeiterwohlfahrt aus dem Hauptausschuss der SPD im Jahr 1919 durch Marie Juchacz in Berlin und die Gründung der Arbeiterwohlfahrt an der Saar durch Angela Braun-Stratmann und Max Braun sind Zeugnisse des politischen Willens der Arbeiterwohfahrt, den Wohlstand in unserer Gesellschaft durch eine Änderung der Politik zu erreichen. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Arbeiterwohlfahrt in unserem Selbstverständnis ein politischer Wohlfahrtsverband ist, der Ungerechtigkeiten durch Engagement und politische Haltung bekämpft. Und so ist es auch nur allzu verständlich, dass die Arbeiterwohlfahrt zu ihrem 100. Geburtstag an der Saar ihr Engagement für eine Demokratie verstärkt. Eine Gesellschaft, die jeden einzelnen Menschen mit der Individualität und der Würde anerkennt, kann nur auf den Werten Freiheit, Toleranz, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit fußen. Die AWO ist und bleibt laut und stark für diejenigen, deren Stimme in der Gesellschaft zu selten gehört wird.

Nachdenklich stimmt uns, dass 100 Jahre nach der Gründung der Arbeiterwohlfahrt an der Saar sich manches Schicksal wiederholt. Was früher die Suppenküchen in den Ortsgruppen der AW waren, sind heute unsere AWO Wintercafés – damals wie heute dank ehrenamtlicher Arbeit unserer Mitglieder. Unserer Gesellschaft droht mehr denn je der Verlust des sozialen Kitts durch die Spaltung zwischen Arm und Reich. Angereichert wird die Kluft durch bewusst angefachte Neiddebatten zwischen den sozial abgehängten Menschen in unserer Mitte.

Inmitten von Krisen und Kriegen auf unserer Welt käme es uns allen zugute, die Menschen so zu sehen, wie sie sind. Besinnen wir uns darauf, das zu sehen, was jede und jeden von uns ausmacht: die ausgestreckte Hand, das Miteinander, das offene Ohr für die Menschen vor Ort, das Herz, das die AWO auch seither als Logo trägt und uns jeden Tag zu Menschlichkeit antreibt.

Den Menschen, die im Ehrenamt und im Hauptamt in der Arbeiterwohlfahrt Zuversicht schenken und die mit ihrem großen Herzen unser Miteinander gerechter machen, spreche ich meinen allergrößten Dank aus. Ihre überzeugte und engagierte Arbeit gibt Menschen, denen es oftmals an Hoffnung fehlt, eine Perspektive. Weniger ich und etwas mehr Wir.

Feiern wir gemeinsam 100 Jahre gelebte Solidarität an der Saar. 100 Jahre Arbeiterwohlfahrt.
Ich freue mich darauf, Sie bei den Veranstaltungen zum Jubiläum zu treffen!

Marcel Dubois
Marcel Dubois
Landesvorsitzender

Grußwort

Reinhard Klimmt © Günther Ruschel

Die AWO im Saarland

Am 13. Dezember 1919 wurde die AWO als „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD“ von Marie Juchacz ins Leben gerufen. Der Sondersituation des Saargebiets war es geschuldet, dass hierzulande die Gründung erst fünf Jahre später durch Angela und Max Braun erfolgte. Das ist jetzt hundert Jahre her. Hundert meistens schwere, wechselhafte und auch schreckliche Jahre.

Aus der Arbeitsgemeinschaft der SPD ist heute ein unabhängiger Sozialverband geworden, aber immer noch den gleichen Werten und Zielen verpflichtet, wie sie Maria Juchacz und Angela Braun vorgegeben und vorgelebt haben.

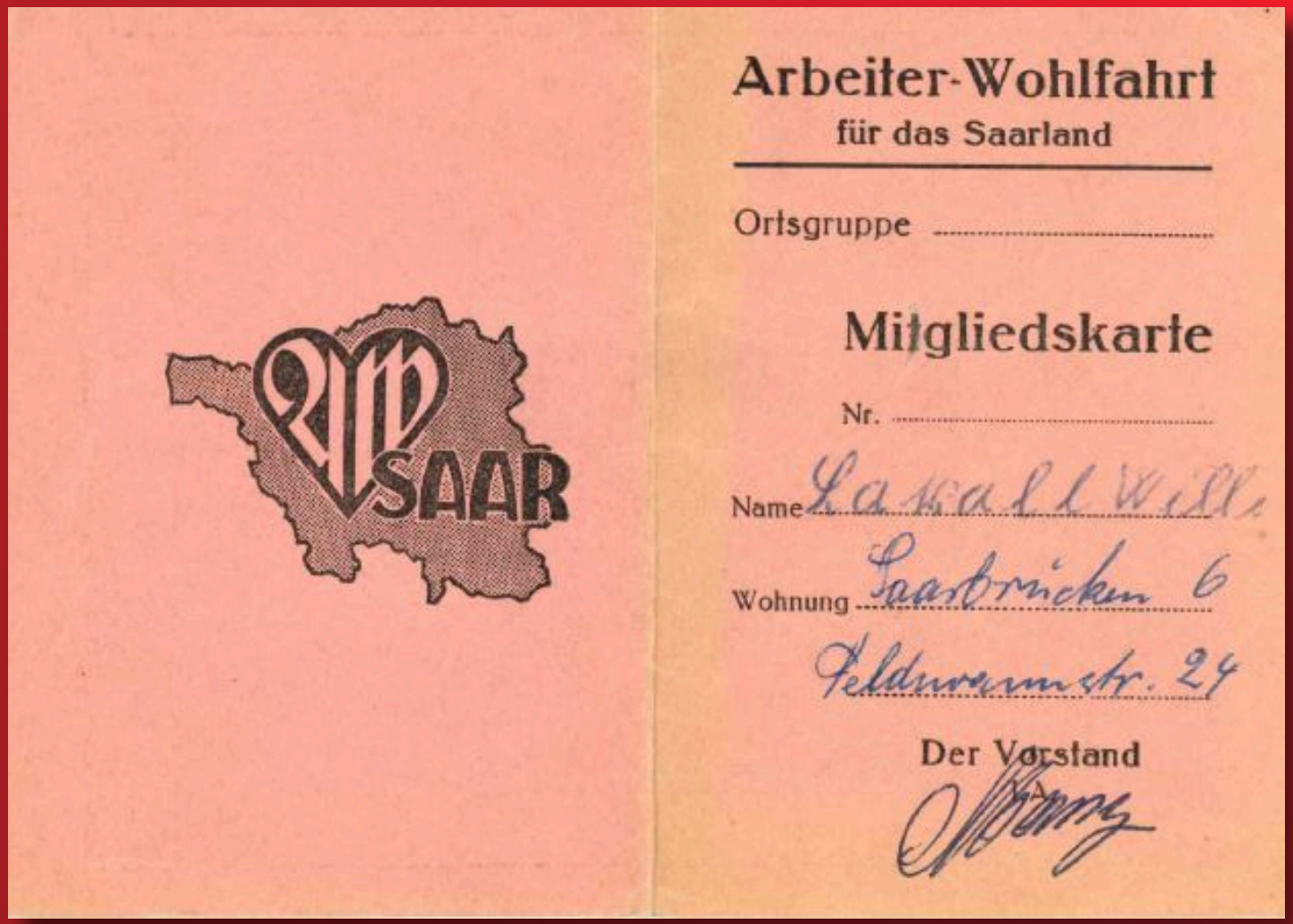
Die AWO erfüllt den Grundwert Solidarität mit Leben, gibt ihm ein Gesicht, formuliert ihn nicht nur, sondern realisiert ihn als brüderliche und schwesterliche Pflicht. Nicht von oben herab, nicht als gönnerische Mildtätigkeit, nicht als Publicity heischende Charity, sondern mit Respekt und auf Augenhöhe mit den Hilfsbedürftigen. Nicht nur das, sie versteht sich auch als politische Kraft, die für Rechte von benachteiligten Gruppen eintritt und Hilfe zur Selbsthilfe leistet. Sie setzt sich für die Würde und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ein – unabhängig von der sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft.
Die AWO ist ein kraftvoller Organismus, der im Zusammenspiel von Ehrenamtlern und Mitarbeitenden die Werte der Arbeiterbewegung weiter als Richtschnur wählt und sich damit auch am Kanon der Vereinten Nationen orientiert und sich als Teil der einen Welt begreift und längst die Nachhaltigkeit als Grundwert begreift und praktiziert.

In ihrer inneren Struktur hat sie die von August Bebel geforderte Gleichstellung der Geschlechter von Anbeginn verwirklicht, war somit auch der Zeit voraus, die bis heute Gesellschaftsmodelle früherer Zeiten immer noch nicht ganz überwunden hat.
Die AWO führt seit ihrer Gründung den Namen Arbeiterwohlfahrt, den sie in den 105 Jahren ihres Bestehens nicht ändern musste, um Brüche der eigenen Vergangenheit zu verschleiern. Wir kürzen heute nur anders ab, aus der AW bei ihrer Gründung wurde die AWO der Gegenwart – das klingt nur etwas weicher, ganz dem Charakter einer Organisation entsprechend, die sich der Verantwortung für Menschlichkeit und der praktischen Solidarität verpflichtet weiß. Das Erkennungszeichen des Verbandes war und ist das Herz – und das schlägt links!

Reinhard Klimmt

Reinhard Klimmt

Ehemaliger Ministerpräsident
des Saarlandes,
Bundesminister a.D.



Zur Geschichte und den aktuellen Herausforderungen der Arbeiterwohlfahrt an der Saar

Dr. Roland Märker

Aus einer Rede von Dr. Roland Märker zur Historie der Arbeiterwohlfahrt im Saarland

Anders als für die Gründung der Arbeiterwohlfahrt im Deutschen Reich 1919 und die Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg galten für die AW im Saargebiet – so hieß unsere Heimat 1920 bis 1935 – und später im Saarland besondere Bedingungen, die sich durch die von Deutschland verlorenen Kriege ergeben hatten.

Das war nach dem Ersten Weltkrieg zuerst die Verwaltung durch den Völkerbund und ab 1923 die Einbindung in den französischen Wirtschaftsraum in Folge des Versailler Vertrags bis zur Volksabstimmung 1935.

An Frankreich wurden auch die staatlichen Steinkohlengruben als Kriegsentschädigung abgetreten. Der 100-tägige Bergarbeiterstreik im Saarrevier vom 5. Februar bis zum 15. Mai 1923 war der längste Arbeitskampf in der deutschen Geschichte. Ging es zunächst um Lohnforderungen, so unterstützte er zunehmend den Protest gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923. Auch die Arbeiterparteien SPD und KPD konnten sich dieser nationalen Begeisterung nicht verschließen. Gegenmaßnahmen der Regierungskommission entfesselten zudem politische Sprengkraft. Entlassungen und Wohnungskündigungen durch die Bergwerksverwaltung und die lange Dauer des Ausstandes riefen soziale Not hervor, die es zu lindern galt. Für die Betroffenen engagierten sich viele Frauen und auch Männer, und einige von diesen waren es auch, die in der Folge die AW im Saargebiet auf den Weg brachten.

Im Bild: Das Parteihaus und der Ort der Gründung der Arbeiterwohlfahrt an der Saar in der Saarbrücker Brauerstraße 6

Im Bild: Mathias (Max) Braun und Angela Braun-Stratmann / Quelle: Stadtarchiv Saarbrücken, Nachlass Mittelstaedt, unverzeichnet

Vier Jahre und zwei Monate nach der Gründung des Hauptausschusses in Berlin, am 13. Februar 1924, erfolgte die offizielle Gründung der Arbeiterwohlfahrt hier an der Saar.

Vorsitzende wurde damals Angela Braun-Stratmann, Ehefrau des SPD-Vorsitzenden Max Braun. Die Jahre bis 1935 sind neben dem sozialpolitischen Kampf, einer eigenen Geschäftsstelle in der Brauer- und ab 1930 im Neubau Hohenzollernstraße im damals sehr modernen Bauhaus-Stil – gekennzeichnet durch Gründungen und viele ehrenamtliche Aktivitäten auf örtlicher Ebene, Hilfen aller Art für Notleidende, Ferienmaßnahmen, soziale Zusammenkünfte und Aktionen. Hauptsächlich waren es Frauen, die Nähstuben und Volksküchen einrichteten, sich um Kindererholung sorgten oder sich bei Sammlungen zur Verfügung stellten.

Ihr Prinzip war die Solidarität, eine Hilfe auf Augenhöhe, welche stets die Würde und Persönlichkeit des Anderen achtet, und die sich unterscheidet von einer Mildtätigkeit von oben herab, einer Gnade, einer Wohltätigkeit, wie wir sie heute noch – nicht nur bei Charity-Ladies – finden.

Im Bild: Das Haus der Arbeiterwohlfahrt 1930 in Saarbrücken

Nach der so genannten Machtergreifung Hitlers 1933 im damaligen Deutschen Reich ergab sich durch die besondere Situation im Saargebiet die Möglichkeit, dass Verfolgte des Naziregimes bis 1935 hier Zuflucht finden oder im Untergrund wirken konnten. Dazu zählten auch Marie Juchacz, die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, die in der Saarbrücker Bahnhofstraße eine Pension für Emigrant*innen betrieb, ferner Lotte Lemke, ihre spätere Nachfolgerin als Vorsitzende und zuvor Geschäftsführerin, die Botendienste für AW und SPD übernahm, oder Johanna Kirchner, die ihren politischen Kampf gegen das Nazi-Regime 1944 mit dem Leben bezahlen musste.

Im Bild: Werbung für den Mittags- und Abend-Tisch im Exilcafé Bahnhofstraße 80 in Saarbrücken

Auf dem Trottoir in der Bahnhofstraße mit der früheren Nummer 80 (*heutige Viktoria-Apotheke)*, wo Johanna Kirchner im Treffpunkt von Marie Juchacz Verfolgten des Nazi-Regimes half, finden wir heute einen vom Künstler Gunter Demnig 2012 gesetzten Stolperstein sowie eine Stele zur Erinnerung an das Wirken der beiden Frauen.

Im Bild: Banner zur Unterstützung der Einheitsfront gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland im Saar-Abstimmungskampf am Haus der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken, Quelle: Stadtarchiv

Nach der Volksabstimmung 1935, die ein Votum von über 90 Prozent für „heim ins Reich" und die Eingliederung des Saargebietes ins nationalsozialistische Dritte Reich ergab, wurde dann die AW auch hier verboten, lihr Vermögen beschlagnahmt. Ihre Funktionäre wurden verfolgt, viele flüchteten in die Emigration.

1935 zerstörten Nazis die Räume im Haus der Arbeiterwohlfahrt
Quelle: Stadtarchiv Saarbrücken, Nachlass Mittelstaedt, unverzeichnet

Das Land an der Saar war dann ab 1945, nach dem Zweiten Weltkrieg, Teil der französischen Besatzungszone, aus der es 1946 ausgegliedert wurde und ab 1947 mit einer eigenen Verfassung und eigener Staatsbürgerschaft zum Saarland wurde. Außen- und Sicherheitspolitik bestimmte Frankreich und die Wirtschaft – einschließlich der Währung – wurde Frankreich angeschlossen. Mit Johannes Hoffmann (CVP) und Richard Kirn (SPS) bestimmtem zwei Remigranten die Politik, scheiterten aber mit ihrem Bemühen, dem Land eine europäische Perspektive zu geben.

Das europäische Saarstatut, das vor der Abstimmung 1955 die Saar-Bevölkerung in Ja- und Nein-Sager gespalten hatte und mit 67,7 % Gegenstimmen von den Bürgerinnen und Bürgern an der Saar abgelehnt worden war, spaltete für einige Zeit auch die Arbeiterwohlfahrt. Der Abstimmung folgte 1957 der politische und 1959 der wirtschaftliche Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland.

Aus dem Geschäftsbericht der AW im Saarland 1957: Glückliche Kinder umarmen bei der Ferienhilfe und Erholungsfürsorge der Arbeiterwohlfahrt in Nunkirchen die Fürsorgerin der Bezirksgeschäftsstelle

Die wirtschaftliche Macht über Kohle und Stahl zu haben, das erklärt das politische Hin und Her für das Land an der Saar und macht einleuchtend, dass die hiesige Arbeiterwohlfahrt zeit-lich und auch inhaltlich keine gleichartige Entwicklung wie im Deutschen Reich bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg in den übrigen westlichen Besatzungszonen und dann in der Bundesrepublik Deutschland nahm.

Dem späteren und heutigen Entwicklungsstand der AWO an der Saar hat das nicht geschadet, ganz im Gegenteil.

Die hiesige AWO begann nach dem wirtschaftlichen Anschluss (1959) des Saarlands an die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliederverband Fahrt aufzunehmen und entwickelte sich in der Folgezeit zu einem modernen und diversifizierten, sozialen Dienstleister.

Schon 1957 hatte sich die saarländische AWO dem Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt angeschlossen, der seit der letzten „Reichskonferenz" (1965) Bundesverband heißt. Dies war nach dem Anschluss an die Bundesrepublik auch notwendige Voraussetzung, um an Förderprogrammen, bundesweiten Stiftungen und – später – Fernsehlotterien teilhaben zu können.

Die AWO Saarland, bis heute in Form des eingetragenen Vereins., nutzte den Vorteil von nur ca. 2.500 km² Landesgröße bei etwa einer Million Einwohner*innen für eine „zentralistische Struktur" der Führung von Verband und Wirtschaftsbetrieb, was bedeutet, dass die Kreisverbände nicht Träger hauptamtlicher Aktivitäten wurden und verstärkt ehrenamtliche Aktivitäten, wie Begegnungsstätten, Näh- und Kleiderstuben, Beratungs- und Ferienangebote anregten und entfalteten.

Zehn Jahre nach dem wirtschaftlichen Anschluss gab es im Saarland bereits über 10.000 AWO-Mitglieder, weitere zehn Jahre später waren es schon fast 20.000. Die AWO stellte sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit als anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege dar „der Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten in allen Fragen und Formen sozialer Not hilft und berät (...) ohne Rücksicht auf politische, rassische und konfessionelle Zugehörigkeit".
Aktivitäten im professionellen Dienstleistungsangebot setzten sich zuerst zaghaft mit Inbetriebnahme eines Kindergartens in Ludwigsthal (1957) und Einrichtungen in Oberthal und

Das Kinderheim Bexbach mit Kindergarten und Spielplatz

Bexbach (heute Jugendwohngruppen) fort, es folgten Homburg, der Umbau eines Flüchtlingsheims in ein orthopä-

disches Sanatorium in Furpach (1962, heute Seniorenzentrum) sowie 1963 mit dem Baubeginn in Elversberg für das erste Alten- und Pflegeheim des Landesverbands.
Schon in diese Zeit fiel mit der Nutzung eines früheren Flüchtlingsheims in Dillingen (1963) als Grundstein für das spätere Bildungszentrum für Behinderte (heute: AWO Teilhabe) eine wichtige Richtungsentscheidung für eine Angebotsvielfalt, was später analog in Nonnweiler (1981, Kauf eines Waldsanatoriums) für den Aufbau sozialpsychiatrischer Angebote gilt. So vermied die AWO Saarland eine „soziale Monokultur", ohne jedoch Aktivitäten auf dem Sektor der Altenhilfe zu vernachlässigen.

Im Bild: Das Alten- und Pflegeheim in Saarbrücken 1970

Seit 1966 bietet die Arbeiterwohlfahrt an der Saar den fahrbaren Mittagstisch an

Letztere wurde im stationären Bereich Zug um Zug (Saarbrücken, heute „Johanna-Kirchner-Haus" und Merzig „Heinrich-Albertz-Haus") weiter aufgebaut und durch ambulante und begleitende Dienste sowie eine Altenpflegeschule ergänzt.

Ambulatorien wie Mobile Hilfsdienste waren damals mittels Zivildienst, Freiwilligem Sozialen Jahr (FSJ) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) kostengünstig zu stemmen. Die umfangreiche soziale Palette umfasste ferner unter anderem Ferien- und Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Beratungs- und Betreuungsangebote, auch für Arbeitnehmer und ihre Familien aus der Türkei und dem damaligen Jugoslawien, und ab 1979 ein erstes Frauenhaus (Saarbrücken) in Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbands, dem weitere Häuser dieser Bestimmung hier bei uns folgten.
Besonders erfreulich auch die Gründung von Jugendwerken bis hin zum Landesjugendwerk, heute ein nicht wegzudenkender Pfeiler unseres Selbstverständnisses.

Nicht zuletzt wegen der AWO-Erfolgsstory an der Saar fand 1983 die Bundeskonferenz der AWO erstmals im Saarland in der Congresshalle in Saarbrücken statt.
Mitte der 80er Jahre, es arbeiteten damals knapp 1.400 Mitarbeiter*innen für die AWO Saarland, begann unter der Ägide von Paul Quirin ein neuer Entwicklungsschub, der wegen steigenden Bedarfs aufgrund höherer Lebenserwartung insbesondere die stationäre Altenhilfe betraf und zu zahlreichen neuen stationären Senioreneinrichtungen führte. Die Zahl ist bis heute übrigens auf 27 angewachsen.

Parallel hierzu verhalf nicht zuletzt die Vernetzung in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe einschließlich Sozialpsychiatrie zu weiterer Expansion und auch ambulanten und teilstationären Angeboten und wurde durch ein umfassendes Fort- und Weiterbildungsangebot der neu ins Leben gerufenen AWO-Akademie abgerundet.

Marcel Dubois, seit 2012 AWO-Landesvorsitzender mit Paul Quirin, der von 1986 bis 2012 Vorsitzender war

Marcel Dubois wurde auf der Landeskonferenz 2012 in Saarbrücken zum Nachfolger als Vorsitzender gewählt und 2016 in Neunkirchen und 2021 pande-

miebedingt in einer schriftlichen Wahl für eine weitere Periode bis 2025 bestätigt.

Mit ihm, aktiven Gremien und einer agil und klug handelnden Geschäftsführung wurde unser Weg in die weitere AWO-Zukunft an der Saar angetreten, durchaus flankiert von Problemen wie Digitalisierung, Fachpersonalknappheit, stärkerem Marktdruck, steigender sozialer Ungleichheit und zunehmender (sozial-) politischer Polarisierung.

Portfolio-Analysen sollen unseren Weg in die Zukunft sicherer machen. Das Qualitätsmanagement wurde bis zur Zertifizierung der Landesgeschäftsstelle ausgeweitet und unsere Gremien beschlossen ein umfangreiches Programm zur Modernisierung

Das neue AWO Seniorenhaus Klosterkuppe in der Stadtmitte von Merzig

vorhandener Gebäude. Weiterhin befindet sich das Gros aller Einrichtungen und Angebote im eingetragenen Verein, es gibt nur wenige Ausgliederungen.

Im Dienstleistungsunternehmen wurde - beispielsweise - die Altenhilfe als Einheit mit kompletter Angebotspalette einschließlich Beratung und Ambulatorien neu gegliedert, die Führungsstruktur verschlankt und verschiedene Quartiersprojekte ins Leben gerufen. Auch mehrere neue KiTas wurden eröffnet und vieles mehr, bis hin zur neuen Wohnstätte für Menschen mit Behinderung in Wadern oder dem vielfältigen Modellprojekt „Klosterkuppe" in Merzig.

Demonstration vor dem Saarländischen Landtag 2018 gegen die zunehmende Armut im Alter

Als Verband erheben wir nachdrücklich unsere Stimme zu sozialen Fragen und haben vielbeachtete Aktionen initiiert, wie z.B. den „Strickalarm" gegen Altersarmut Ende 2017. Zudem haben wir neue Projekte initiiert, wie das Büro für KinderChancen oder das Migrationsprojekte EULE.plus für EU-Zugewanderte.
Natürlich gab es in unserer Entwicklung seit 1959 neben Hochs auch einige Tiefs, verzagt haben wir aber nie und aus Fehlern hoffentlich gelernt.
Und zur Sicherstellung der Einhaltung von Recht und gesetzlichen Vorgaben aller damit verbundenen Maßnahmen und Richtlinien haben wir entsprechend scharfe Compliance-Regelungen beschlossen.

Die AWO heute: Das ehrenamtliche Team des AWO Wintercafés in Saarlouis bei der Essensausgabe

Mit über 10.000 Mitgliedern, 2.000 aktiven Ehrenamtlichen und rund 5.000 Mitarbeitenden (zuzüglich 800 Werkstattbeschäftigte) ist die AWO Saarland bundesweit, bezogen auf die Einwohnerzahl, weiterhin stärkste und vielleicht erfolgreichste Landesgliederung und will dies auch bleiben.

Bisher also gut aufgestellt, aber was bringt die Zukunft?

Nun, die AWO will auch zukünftig attraktiver Mitgliederverband sein, ansprechende Engagement Angebote für Ehrenamtliche und nachhaltige, zeitgemäße soziale Dienstleistungen für die Menschen im Saarland bereithalten. Unsere Mitarbeiter*innen sollen gerne bei uns arbeiten und

unsere Kund*innen sollen stets mit uns zufrieden sein. So unsere Ziele.

Veränderungen durch die Digitalisierung bis hin zu Fachkräftemangel, höhere Bedarfe und andere Folgen raschen sozialen Wandels werden aber Änderungen der Risikostrukturen auch für einen Wohlfahrtsverband bedeuten.
Angebote und deren Finanzierung immer schneller auf Veränderungen abzustimmen, sich stets flexibel auf Anpassungs- und Umstellungsprozesse einzustellen, die sich erheblich rasanter und in größerem Ausmaß als uns bisher vertraut entwickeln – so heißt die Zukunftsdevise.
Dabei spüren wir die ungleiche Verteilung von Einkommen und Kapital auch hier an der Saar nicht nur in Form von Alters- oder Kinderarmut schon länger.
Die digitale Herausforderung, die „Herrschaft" von Algorithmen und künstlicher Intelligenzen, sowie die parallel laufende Robotik wird auch die soziale Arbeit umwälzen.
Statt sie lediglich hinzunehmen, sollten wir sie positiv nutzen, und sie nicht einfach über uns bestimmen lassen. Ich hoffe, das gelingt. Gute Beispiele gibt es.
Leitsatz muss bleiben, dass in der sozialen Arbeit Ethik und Empathie nicht überrollt und das Zwischenmenschliche nicht entäußert werden dürfen.

Sicher ist, dass seriöse soziale Dienstleister den Arbeitnehmer*innen die Arbeitsort- und Arbeitszeitflexibilisierungen, welche erst durch Digitalisierung möglich werden, nur sehr begrenzt bieten können; denn es lässt sich nicht vom Laptop aus – ohne direkten menschlichen Bezug – pflegen oder betreuen. Hier gilt es, Lösungen zu finden, die die Attraktivität dieser Berufsfelder sichern, denn beim Vergleich von Berufsbildern lässt sich etwa mit solchen der Social Media oder „Influencern" nur sehr schwer konkurrieren.
Der Fachkräftemangel erfordert neue Rekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die AWO will ihre Rolle als guter Arbeitgeber im Saarland festigen, und sie konnte schon bisher mit tarifvertraglichen Regelungen, Kooperation mit dem Betriebsrat, Zusatzleistungen, entsprechenden Angeboten an Aus-, Fort-, Weiterbildung unserer AWO-Akademie und durch Zuverlässigkeit punkten.

Das Prinzip der „gelebten" Vernetzung und des „über den Tellerrand Hinausschauens", auch über die Bundesland- und Ländergrenzen hinaus, wird eine noch größere Bedeutung bekommen. Auch die gemeinsame Arbeit im Rahmen von AWO Südwest mit den benachbarten Bezirksverbänden Rheinland und Pfalz war ein guter Anfang.
Die Säule neben dem Dienstleister AWO, den Mitgliederverband mit Ehrenamt, wollen wir in den bisherigen Dimensionen erhalten. Bestrebungen von EU, Lobbyisten und Hedgefonds, die Freie Wohlfahrtspflege in private Hände zu überführen, dürfen keinen Erfolg haben.
Ohne Ehrenamt und Mitglieder wird die Sonderstellung der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland aber keine Zukunft haben. Deshalb arbeiten wir aktiv an neuen Methoden, damit Menschen für Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement und als Mitglieder und Förderer gewonnen werden können, wohlwissend, dass „der Wurm nicht dem Angler, sondern dem Fisch schmecken muss".

AWO Südwest-Fest 2023 in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Hier sind neue Ideen gefragt, einfach wird das keinesfalls werden.
Unsere Grundeinstellung bleibt: Auf allen Ebenen sozialpolitisch wirken und sich einmischen. Und daran wird auch nach unserem 100. Geburtstag an der Saar ebenso wenig gerüttelt werden wie an unseren AWO-Werten:
Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Lotte Lemke, AWO-Geschäftsführerin zu Zeiten unserer Gründerin Marie Juchacz und spätere Bundes- und Ehrenvorsitzende hat uns passend für die Zukunft mit auf den Weg gegeben:

„Vergesst hinter Euren großen Aufgaben niemals den einzelnen Menschen!“

Dr. Roland Märker

Mitglied des Landesvorstandes
ehemaliger stellvertretender Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer

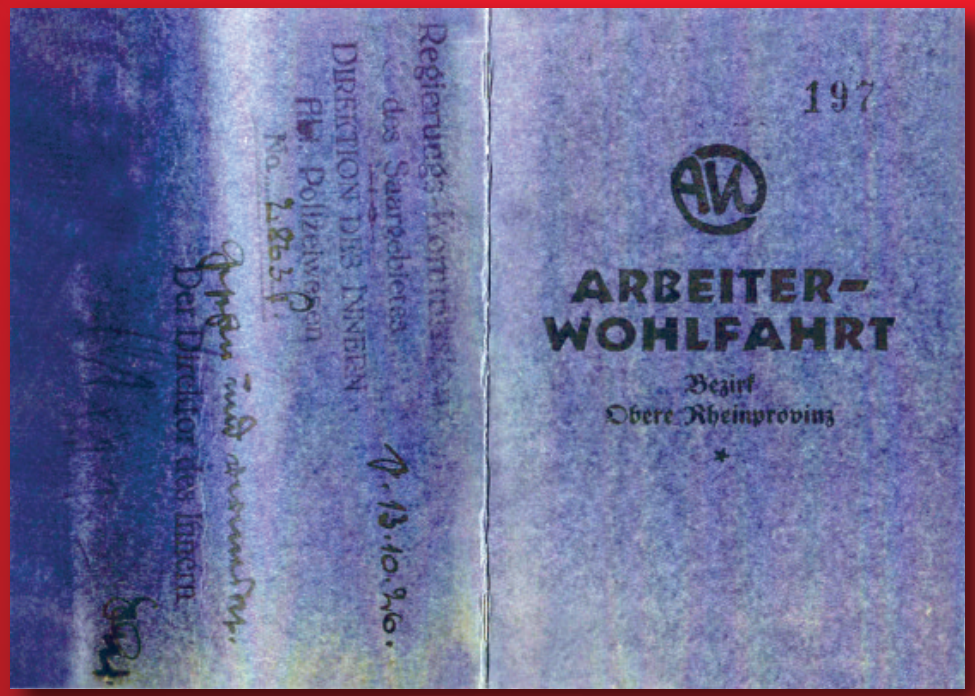
AW-Mitgliedsbuch Bezirk Obere Rheinprovinz

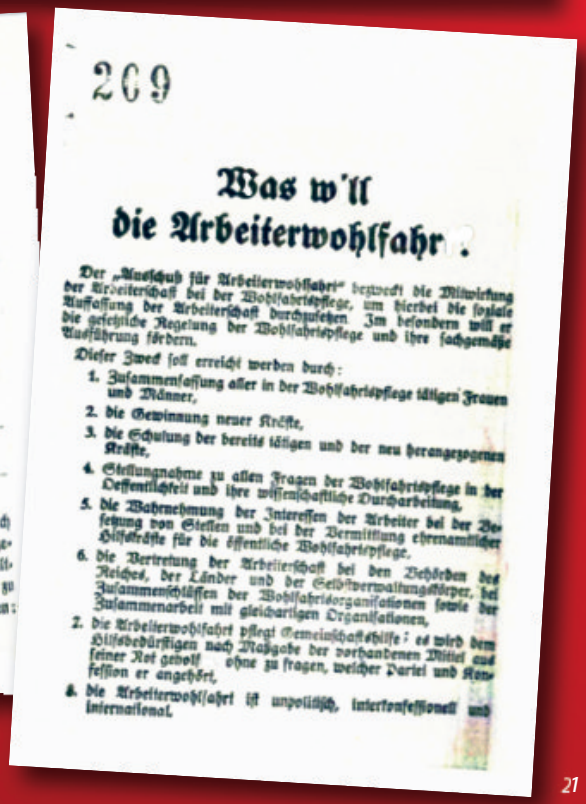
Im Landesarchiv Saarbrücken – Bestand Landratsamt Saarbrücken – lagert das Mitgliedsbuch Nr. 34 der „AW Arbeiter-Wohlfahrt Bezirk Obere Rheinprovinz“ von „Karl Köhler, eingetreten im Sommer 1925, wohnhaft in Saarbrücken 5 (-Burbach), Lebacher Straße“. Offensichtlich verwandte die AW Saargebiet in den ersten Jahren ihres Bestehens Arbeitsmaterial der „übergeordneten Gliederung Bezirk Obere Rheinprovinz“.
Ob später eigene Mitgliedsbücher zum Einsatz kamen lässt sich zumindest ab Mitte 1933 erahnen, ist derzeit aber nicht belegt. Auf der Rückseite des Mitgliedsbuches ist folgender Text vermerkt:

Regierungskommission
des Saargebietes
13. 10. 1926
Direktion des Inneren
Abt.: Polizeiwesen
No.2863
gesehen und vermerkt.

Der Direktor des Inneren
i. A.: Unterschrift unleserlich

Vermutlich hat die Regierungskommission des Saargebietes mit diesem Vermerk die Verwendung des von außerhalb des damaligen Saargebietes stammenden „Formulars“ genehmigt.





Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei für das Saargebiet

Nr. 171 — Saarbrücken, Samstag, 26. Juli 1950 — 22. Jahrgang

Haus der Arbeiterwohlfahrt

Neues Haus – neue Stadt

Unser Haus!

Das Saargebiet: Sozialpolitischer Nachzügler und politisches Experimentierfeld:

Delf Slotta und Frank Hirsch

Delf Slotta, Mitglied der Historischen Kommission der AWO und Experte für saarländische Landesgeschichte und Industriekultur und Frank Hirsch, Historiker und Leiter des Dokumentationszentrums der Arbeitskammer des Saarlandes

Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt an der Saar am 13.02.1924 (im Deutschen Reich schon 13.12.1919) kann mit den politischen, industriellen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Saar-Region nach dem Ersten Weltkrieg erklärt werden.

Das Saargebiet: Sozialpolitischer Nachzügler und politisches Experimentierfeld

Die Geschichte des Saargebietes weist eine ganze Reihe von außergewöhnlichen Umständen auf. In den fünfzehn Jahren seiner Existenz durchlief es zahlreiche Höhen und Tiefen, die im kollektiven Bewusstsein der Saarländer tiefe Spuren hinterlassen haben. So war die Entstehung des Saargebietes selbst infolge des Versailler Vertrages eine historische Besonderheit: Als Kompromiss der Siegermächte des Ersten Weltkrieges stellte die staatsrechtlich bis dahin einmalige Organisation ein absolutes Novum dar. Im Kern ging es um die Entschädigung der Franzosen wegen der im Ersten Weltkrieg erlittenen Schäden. Dafür wurden die saarländischen Gruben für fünfzehn Jahre zur Ausbeutung übergeben und festgelegt, dass die Saarländer nach dieser Zeit über ihr weiteres Schicksal in einer Volksabstimmung befinden sollen. Es besänftigte die Franzosen, die das Revier an der Saar am liebsten annektiert hätten, und sorgte aus Sicht der Briten und Amerikaner für eine

Hierarchie im preußischen Bergfiskus – Bergbeamte bei den Feierlichkeiten aus Anlass der Teufarbeiten am neuen Schacht IV der Grube Camphausen (1908) Quelle: Delf Slotta

Schwächung des deutschen Rüstungspotenzials.

Das Saargebiet hatte jedoch auch eine Reihe von Konstruktionsmängeln, wurde es doch von einer international besetzten Regierungskommission regiert. Das widersprach dem eigentlich von den Amerikanern ansonsten lautstark vertretenen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Außerdem wurden beim geographischen Zuschnitt gewachsene Strukturen nicht berücksichtigt, sodass persönliche Kontakte, Verwaltungszusammenhänge sowie wirtschaftliche Beziehungen enorm litten. Der Kerngedanke bei der Schaffung des Saargebietes bestand in der Abtrennung der Kohlegruben aus den vormals preußischen, bayrischen und oldenburgischen Gebieten, die um die Wohnorte der Bergleute ergänzt wurden.
Zunächst wurde auch die Saarregion von den revolutionären Ereignissen in der unmittelbaren Nachkriegszeit erfasst, wenn auch in deutlich bescheidenerem Maße als in den Metropolen. Meuternde Soldaten trugen ihre Ideen auch nach Saarbrücken, wo sie am denkwürdigen 9. November 1918 Teil einer Versammlung von etwa 150 Soldaten waren und vor dem Gewerkschaftshaus in der Futterstraße einen Arbeiter- und Soldatenrat wählten. Auf dem Rathausplatz kam es dann zu einer öffentlichen Versammlung, auf der verlautbart wurde, dass das Ziel eine sozialistische Republik sei. Bezeichnend für die Vorgänge in der Saarregion war allerdings, dass den Arbeiter- und Soldatenräten sehr an der Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe gelegen war. Während es zum Beispiel in Berlin zu Straßenkämpfen und Plünderungen kam, blieb es in der Saarregion relativ ruhig.

Ansicht des Bergwerks Brefeld mit der Fischbachtalbahn (1920), Quelle: Delf Slotta

Die 1877–1880 erbaute königlich-preußische Bergwergsdirektion im damaligen St. Johann an der Einmündung von Trierer Straße und Reichsstraße (um 1910). Quelle: Delf Slotta

Die Arbeiter- und Soldatenräte blieben nicht auf die in Saarbrücken beschränkt. Insgesamt sind auf dem Gebiet des heutigen Saarlandes 40 Räte überliefert, die jedoch teilweise nur von sehr kurzer Dauer waren. Neben den größeren Industriestädten wie Völklingen und Neunkirchen bildeten sie sich auch in relativ kleinen Ortschaften wie Blieskastel und Marpingen. Für die industriell geprägten Städte leuchtet dies ein, verfügten sie doch über die notwendige kritische Masse an Arbeitern.

Auf den zweiten Blick erklärt dieser Umstand auch das Phänomen der Rätebewegung in den ländlichen Teilen der Saarregion. Denn für das Saarrevier typisch war das Aufkommen von Arbeiterdörfern im Laufe der Industrialisierung. Im Gegensatz zu anderen Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet, das sich zu einem großen städtischen Ballungsraum verdichtete, existierte an der Saar ein Nebeneinander von städtischen und dörflichen Siedlungen der stark anwachsenden Arbeiterschaft.

Der Arbeiterbauer, der im Nebenerwerb noch Landwirtschaft betrieb und ansonsten im Bergwerk oder auf der Hütte arbeitete, war weit verbreitet. In der Saarregion verbanden sich im Dorf typischerweise die proletarische Existenz eines Arbeiters mit dem klassischen ländlichen Milieu katholischer Prägung. Das reichte aus, um ihre Interessen in Arbeiterräten auch in kleinen Ortschaften zu artikulieren, sie standen aber Umsturzfantasien und kämpferischer Revolutionsrhetorik weltanschaulich distanziert gegenüber. Die Rätebewegung blieb jedoch nur eine kurze Etappe, nachdem die Franzosen die Ordnung wiederhergestellt hatten.

Unruhe trat 1919 wieder auf. Stark gestiegene Preise und eine spürbare Abwertung der Währung versetzten die saarländische Bevölkerung in Aufruhr. Ausgangspunkt der ersten Demonstrationen am 7. und 8. Oktober 1919 war Saarbrücken, wo Arbeiter der Burbacher Hütte und Beschäftigte der Eisenbahnwerkstätten in einem Protestmarsch günstige Lebensmittel, Kleidung und Kohlen sowie die Bekämpfung des Schwarzmarktes forderten. In der Saarbrücker Innenstadt wurden Geschäfte geplündert. Die Gewerkschaften selbst wurden von der Entwicklung überrascht, die SPD-Zeitung „Volksstimme“ erkannte darin aber ein „Volksgericht gegen Schieber“. Die Unruhen breiteten sich im gesamten Saargebiet aus und es kam zu Plünderungen und Gewaltausbrüchen. Betroffen waren schließlich auch die Arbeiterstädte Neunkirchen, St. Ingbert, Friedrichsthal, Sulzbach und Dudweiler. General Joseph Louis Marie Andlauer, der Chef der französischen Militärverwaltung, verhängte eine Ausgangssperre. Das französische Militär musste eingreifen und vor allem jüdische Geschäfte schützen, die sich einer scharfen antisemitischen Hetze mit dem alten Vorwurf des Wuchers ausgesetzt sahen.

Bald war von den „Spartakuskrawallen“ die Rede, um etwas pathetisch die Parallele zum Sklavenaufstand gegen die römische Übermacht zu ziehen. Der Vergleich war allerdings insofern gerechtfertigt, als dass es auch zu neun Todesopfern kam. Es handelte sich zwar mehrheitlich um Unfälle, aber der Fall des Arbeiters und Gewerkschafters Jakob Johannes entwickelte politischen Sprengstoff. Johannes wurde von französischen Soldaten im Besitz einer Schusswaffe aufgegriffen und von einem Militärgericht zum Tode verurteilt. Am 20. Oktober 1919 wurde er in Saarbrücken trotz erheblicher Zweifel an den Vorwürfen standrechtlich erschossen. In der Folge wurde er zur Symbolfigur besonders im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf.

Saargebiet anstelle der Weimarer Republik

Die Franzosen sollten auch die nächsten 15 Jahre die bestimmende politische Kraft im Saargebiet bleiben. Mit „Saargebiet“ bekam die Region, die heute „Saarland“ heißt, auch erstmals eine eigene administrative Bezeichnung. Geschaffen wurde sie im Versailler Vertrag, in dem die Sieger des Ersten Weltkrieges die Kohle des Saarreviers den Franzosen als Kriegsentschädigung überlassen hatten. Die Saarländer selbst reagierten im März 1920 mit einer Großdemonstration. Sie forderten den Abzug der als demütigend empfundenen französischen Besatzung, darunter besonders der afrikanischen Kolonialtruppen, und die Abschaffung der Kriegsgerichte. Daneben verlangten sie aber auch eine demokratische Vertretung, denn die im Versailler Vertrag geschaffene internationale Regierungskommission war keiner demokratischen Kontrollinstanz verantwortlich. Das war selbst im Vergleich zum Kaiserreich ein Rückschritt, denn die erwachsenen Männer bestimmten den Reichstag in freien und gleichen Wahlen. Auch in der Weimarer Republik, die dem Kaiserreich nachfolgte, war man bereits viel weiter: Das Wahlalter sank auf 20 Jahre und das Wahlrecht galt sowohl für Männer als auch für Frauen. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter an der Saar bemerkte etwa: „Ein Völkerbundsgedanke ist doch der, daß überall doch die wahre Demokratie eingeführt wird. Wo bleibt hier die Demokratie, wenn das Saargebiet kein Parlament bekommt und auf die Besetzung der höchsten Verwaltungsstellen keinen Einfluß hat.“

Für die Arbeiter gab es noch einen Rückschlag. Im Gegensatz zu ihren Kollegen in Deutschland blieb ihnen das neue Betriebsrätegesetz vorenthalten, das erstmals eine betriebliche Interessensvertretung einführte und begrenzte Mitspracherechte einräumte. Besonders Victor Rault, der französische Präsident der Regierungskommission, erwies sich als harter Verfechter französischer Interessen entgegen den Bestimmungen im Versailler Vertrag, nach dem die Förderung der Wohlfahrt und Berücksichtigung der „Wünsche der örtlichen Arbeitsverbände“ zu berücksichtigen sei. Für die Saarländer bedeutete daher die Gründung des Saargebietes gleich in mehrfacher Hinsicht einen Rückschritt: Politisch verlor man den Anschluss an die fortschrittlichen Entwicklungen der Weimarer Republik, wirtschaftlich ging die Kohle zur Ausbeutung an Frankreich und sozialpolitisch hinkte man der Zeit stets hinterher.

Kraftwerk Fenne, errichtet in moderner Eisenbetonbauweise und 1926 in Betrieb genommen (1930). Quelle: Delf Slotta

Von ersten Streiks der Bergarbeiter zum 100 Tage Streik 1923

Anfang 1923 verschärfte sich die Lage allgemein. Mit der Einführung der französischen Währung seit 1920 konnten die saarländischen Bergarbeiter zunächst zufrieden sein. Ein günstiger Umrechnungskurs führte zu Lohngewinnen. Mit dem zwischenzeitlichen Erstarken der deutschen Wirtschaft entwickelten sich die saarländischen Löhne allerdings negativ, was die Gewerkschaften zu Forderungen nach Lohnerhöhung von durchschnittlich 7 Franc veranlasste. Zudem beschwerten sich viele Bergleute über Bespitzelungen des Arbeitgebers sowie über die Schikanen und Bestrafungen in den letzten Jahren. Die französische Grubenverwaltung ging auf die gewerkschaftlichen Forderungen nicht ein. Auf zwei Gewerkschaftskongressen von freier und christlicher Bergarbeitergewerkschaft am 4. Februar 1923 votierten die Delegierten nahezu einstimmig für einen Streik, der dann auch am Folgetag begann. Er sollte genau einhundert Tage dauern und am Ende ein günstiges Ergebnis für die Bergleute bringen. Das lange Durchhaltevermögen wurde durch mehrere Faktoren begünstigt: Zum einen verhin-

derten Streikposten das Auftauchen von Streikbrechern und ein Einbrechen der Beteiligung am Streik. Es sollen sich etwa 72.000 Bergleute beteiligt haben, während lediglich von 200–300 Arbeitswilligen die Rede war. Zum anderen sorgte die regelmäßige Zahlung von Streikgeld für eine anhaltend hohe Zustimmung der Bergleute zum Streik.

Das Saargebiet befand sich mit dem Streik unvermittelt im Fahrwasser der Ruhrkrise, die von der Reichsregierung auch für politische Zwecke genutzt wurde. Entsprechend mischten sich unter die kritischen Töne, die eine soziale und wohlfahrtsstaatliche Politik von der Regierungskommission verlangten, immer mehr auch nationalistische Stimmen. So entwickelte sich der Streik von einer Arbeitskampfmaßnahme zu einer Demonstration nationaler Geschlossenheit. Die Fronten zwischen den Verhandlungspartnern verhärteten sich dadurch noch mehr und führten schließlich zur bekannten Vorgehensweise der Regierungskommission in Konfliktfällen: Mit den Verordnungen griff man zu autoritären Mitteln, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Das ausgeschickte französische Militär agierte aggressiv und gewalttätig. Die Verordnungen waren derart repressiv, dass sich Rault nicht nur gegen seine Kommissionskollegen, sondern auch gegen Einwände vom Völkerbund verteidigen musste, die auf eine demokratische Behandlung der Krise drangen. Die Erlasse sahen strengste Strafen bei selbst kleinen Vergehen vor, etwa der Diffamierung des Versailler Vertrages. Jede Kritik sollte unterbunden und gegebenenfalls mit Geldstrafen, Haft oder Ausweisungen geahndet werden. Etwa 2000 Bergleute wurden schließlich entlassen, die Streikbrecher von französischen Soldaten zur Grube begleitet, um zumindest einen Rumpfbetrieb aufrecht zu erhalten.

Erst durch das Einschreiten des Völkerbundes tat sich ein Weg aus der Misere auf. Am 15. Mai 1923 endete der Streik, der zu erheblichen Lohnerhöhungen im Bergbau führte. Die starke Inflation des Franc zehrte diese Einkommensgewinne zwar teilweise wieder auf, die Bergleute machten aber die Erfahrung, sich in einem scharfen Konflikt behauptet zu haben. Da Kommissionspräsident Rault Anweisungen des französischen Arbeitsministers erhielt, die ihn als verlängerten Arm der französischen Regierung und nicht als Sachwalter der saarländischen Interessen, wie im Versailler Vertrag vorgesehen, erscheinen ließen, nahm sich der Völkerbundsrat der Sache an.

Der stellte fest, dass die Maßnahmen der Kommission völlig überzogen waren und im Versailler Vertrag garantierte Rechte verletzte. Rault wurde fortan stärker durch Genf kontrolliert und seiner bislang dominanten Position beraubt. Die Verordnungen wurden zurückgezogen und auch innerhalb der Regierungskommission taten sich Konflikte auf: Das kanadische Mitglied Richard Deans Waugh, der durchaus die Interessen der Saarländer im Blick hatte und dafür in der Kommission auch eintrat, demissionierte aus Protest. Rault musste schließlich 1925 seinen Posten aufgeben.

Schulen und Kleinkinderbewahranstalten – Auf dem Hof der Schule Buchschachen auf der Grube Von der Heydt (um 1905), Quelle: Delf Slotta

Phase der Entspannung ab Mitte 1923, Gründung der Arbeiterwohlfahrt 1924

Es setzte nach den turbulenten Jahren von den Spartakuskrawallen bis zum Hunderttagestreik eine Phase relativer Ruhe ein, nicht zuletzt da man sich auf die Verhältnisse einstellte. Die Absetzung des umstrittenen Victor Rault aus der Regierungskommission verringerte die Konfrontation mit der saarländischen Bevölkerung.

Im Saargebiet gründet sich in dieser Zeit, **genau am 13. Februar 1924, die Arbeiterwohlfahrt, im Saal des Partei- und Gewerkschaftshauses in der Brauerstraße 6–8**. Vorsitzende wurde Angela Braun-Stratmann, die Frau des saarländischen SPD-Vorsitzenden Max Braun. Max Braun wurde stellvertretender Vorsitzender. Besonders die Berufung des ehemaligen Bergmanns Bartholomäus Koßmann zum Kommissionsmitglied im April 1924 entspannte die Situation, da er sich in seinem Aufgabengebiet der Wohlfahrt und Sozialversicherung als durchsetzungsfähiger Interessensvertreter der Saarländerinnen und Saarländer erwies.

Die zunehmende Mechanisierung und Elektrifizierung verhalf der Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre nicht nur zu Produktivitätsgewinnen und einer verbesserten Sicherheit, sondern sie erleichterte den Kumpeln die harte Arbeit unter Tage. Auch das führte zu einer zeitweiligen Entspannung.

Soziale und gesellschaftliche Situation verschärft sich ab 1925

Dennoch verschärfte sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Lage der Arbeiterschaft wieder rapide. Die zunächst von der Hyperinflation in Deutschland verschonten saarländischen Arbeiter – sie wurden in Franc entlohnt – litten seit 1927 unter dessen zunehmender Schwäche. Dieses Jahr sollte als „Schreckensjahr" in die Geschichte eingehen, da sich gleichzeitig die Konjunktur deutlich eintrübte und die französische Grubenverwaltung enorm unter Druck setzte. Der Preisverfall ließ die Erlöse schwinden und veranlasste die Geschäftsführung zur Entlassung von 6000 Bergleuten und zu drastischen Lohnkürzungen in Höhe von 8,5 Prozent. Das mobilisierte wieder die Arbeiterschaft, die am 8. August 1927 mit 50.000 Menschen an einer Demonstration in Saarbrücken teilnahm und für angemessene Löhne und gegen Entlassungen eintrat. Folgen hatte dies allerdings nicht, im Gegenteil wurde angesichts des anhaltend

Bericht der Arbeiter-Wohlfahrt.

Die Arbeiter-Wohlfahrt des Saargebietes hat sich im Laufe des Jahres 1927 sehr kräftig entwickelt. Die Zahl der Ortsgruppen wuchs von 36 im Anfang 1927 auf 104 beim Ausgang des Jahres. Es bestehen heute Ortsgruppen in:

Altenkessel
Altenwald
Außen
Beeden
Beckingen
Berschweiler
Besseringen
Bettingen
Bildstock
Bilsdorf
Bischmisheim
Bous
Brebach
Brotdorf
Buchenschachen
Blieskastel
Clarenthal
Diefflen
Derlen
Differten
Dillingen
Dirmingen
Dudweiler
Eiweiler
Elversberg
Emmersweiler
Ensdorf
Erbach
Eschringen
Etzenhofen
Fenne
Fischbach
Fraulautern
Friedrichsthal
Friedrichweiler
Geislautern
Gersweiler
Großrosseln
Güdingen
Güchenbach
Hanweiler
Hassel
Haustadt
Herrensohr
Heusweiler
Hirzweiler
Holz
Homburg
Hostenbach
Hühnerfeld
Hüttersdorf-Buprich
Hüttigweiler
Illingen
Jägersfreude
Keuchingen
Kölln-Sellerbach
Körprich
Labach-Reisweiler
Landsweiler (Kreis Ottweiler)
Landsweiler (Kreis Saarlouis)
Lauterbach
Limbach b. Homburg
Lisdorf
Ludweiler
Louisenthal
Menningen
Merchingen
Merchweiler
Merzig
Nalbach
Naßweiler
Neunkirchen
Oberbexbach
Ottweiler
Picard
Piesbach
Püttlingen
Reimsbach
Ritterstraße
Rockershausen
Rohrbach
Quierschied
Saarbrücken
Saarlouis
Saarwellingen
St. Ingbert
St. Nicolas
St. Wendel
Schaffhausen
Schiffweiler
Schwalbach
Schwarzenholz
Spiesen
Sulzbach
Ueberherrn
Völklingen
Wadgassen
Wahlschied
Wallerfangen
Walpershofen
Wehrden
Wemmetsweiler
Werbeln
Wiebelskirchen.

Schon kurz nach der Gründung der AW im Saargebiet entstanden viele Ortsgruppen als Anlaufstelle für die Menschen – vor allem in den Arbeiterorten. (1927)

schlechten Kohleabsatzes verlautbart, weiteren 4000 Bergleuten zum 1. März 1928 zu kündigen. Der folgende Proteststurm in Presse und Öffentlichkeit, durch Parteien und Gewerkschaften verhallte wirkungslos.

In dieser Zeit wuchs die Zahl der AWO-Ortsausschüsse besonders stark an. Von 37 Anfang des Jahres 1927 bis auf 104 Anfang des Jahres 1928.

Zudem gerieten die Bergleute zwischen die Fronten der großen Politik. Eine Delegation aus Gewerkschaftern und Politikern hatte am 31. Januar 1928 eine Unterredung mit Reichskanzler Wilhelm Marx, bei der es um die schwierige Situation der saarländischen Bergleute ging. Die Gewerkschafter forderten von der Reichsregierung, sich für einen höheren Absatz der Saarkohle im Deutschen Reich einzusetzen. Während der 1920er Jahre hatte sich tatsächlich der Absatzmarkt deutlich verschoben: Während Saarregion und Deutschland kurz vor dem Krieg noch fast zwei Drittel der Steinkohle abnahmen und Frankreich etwa 18 Prozent, waren es 1930 etwa 28 Prozent für das Saargebiet selbst, nur noch 8 Prozent wurden nach Deutschland exportiert, aber immerhin ein Drittel nach Frankreich. Die Regierung machte allerdings geltend, dass sie bereits die Ruhrkohle wegen der Absatzkrise unterstütze und – das vielleicht gewichtigere Argument – sie nicht der Problemlöser der französischen Bergbaupolitik sein wolle. Die Reichsregierung setzte sich dennoch in Verhandlungen mit den Franzosen für die saarländische Kohle ein, doch waren die daran geknüpften Bedingungen kaum zu erfüllen.

Drastische Verelendung der Arbeiterschaft ab 1928: extremer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Massenarmut und Obdachlosigkeit

Zudem verschlechterte sich Anfang 1928 die Konjunktur derart, dass nun 11.000 Bergleute entlassen wurden. Davon sollte sich das Saargebiet bis zur Saarabstimmung nicht mehr erholen. Maßnahmen zur Reduzierung der Kündigungen und Linderung der Situation der Arbeitslosen wurden besonders von Kommissionsmitglied Koßmann forciert, etwa bei der Anhebung des Arbeitslosengeldes und der Gewährung einer Zulage für die Arbeiter zur Entlastung der Kommunen, die die größte Last der Fürsorge gewährleisten mussten.

Im Sommer 1928 forderten die Bergleute trotz der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung eine Lohnerhöhung, was die französische Seite strikt ablehnte, da sie darin die Gefahr erblickte, dass sich die französischen Kumpel daran ein Beispiel nehmen könnten. Die saarländischen Gewerkschafter kündigten vorsorglich einen Streik für den 1. August 1928 an, um den Verhandlungsdruck zu erhöhen. Koßmann machte in den Verhandlungen ungewöhnliche Vorschläge, um befriedend auf die Bergleute einzuwirken. Er plädierte für eine Einmalzahlung, wodurch die in der Vergangenheit ausgefallenen Schichten der Bergleute kompensiert werden sollten. Kommissionsmitglied Morize wandte sich, eher die französischen Interessen im Blick, abermals dagegen und abermals unterlag er bei der Abstimmung in der Regierungskommission. Um den sozialen Frieden zu wahren, und das war die Begründung dafür, dass Steuergelder für diese Maßnahme verwandt wurden, sollten einmalig 100 Franc zum 1. September 1928 an die Arbeiter ausgezahlt werden. Das entspannte die Lage aber nur bis zum Jahresende, als neue Lohnforderungen auf dem Tisch lagen und die Grubenverwaltung ein neues Akkordlohnsystem einführen wollte, das die Gefahr

Die Kriegs- und Nachkriegszeit war vor allem für Kinder eine enorme Belastung. Armut und Hunger gehörten zum Alltag.
Quelle: AWO-Bericht 1957

barg, dass viele Bergarbeiter mit Einkommenseinbußen zu rechnen hatten. Das forderte die Gewerkschaften heraus und ab Januar 1929 kam es zu deutlichen Produktionsausfällen infolge von Arbeitsverweigerungen und -niederlegungen.
Die Regierungskommission befand sich in der schwierigen Situation, als Vermittler zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber hineingezogen worden zu sein. Hinweise auf die Tarifautonomie zeigten wenig Wirkung, zumal die Fronten zwischen den Tarifparteien sehr verhärtet waren. Dazu kam ein Streit zwischen der Bergverwaltung und den Saarhütten, die sich auch Lohnforderungen gegenübersahen und daher die Kohlepreise reduzieren wollten. Auch hier exponierte sich Koßmann, der vermittelte und eine Einigung zwischen den Gegnern herstellen konnte. Ihm war völlig klar, dass vom Bergbau der Wohlstand des Saargebietes abhing und daher ein hoher Einsatz erforderlich war. Das schien sich in den Arbeitslosenzahlen zunächst auch widerzuspiegeln. Sie blieben zunächst im Gegensatz zum Deutschen Reich und anderen Industrienationen, die unter der Weltwirtschaftskrise litten, relativ niedrig. Mit Zeitverzögerung kam sie dann aber doch ab Mitte 1930 an. Die Unternehmen begannen massenhaft ihre Arbeiter zu entlassen. Das Neunkircher Eisenwerk halbierte seine Belegschaft und auch die Bergverwaltung reduzierte ihre Arbeiterschaft drastisch. Die Zahl der Arbeitslosen, die 1928 gerade einmal 3000 umfasste, schnellte bis Dezember 1931 auf 44.000 hoch. Es gab Berichte über Massenarmut und Obdachlosigkeit. Die Regierungskommission legte ein Unterstützungsprogramm mit der Einführung von Kurzarbeitergeld auf, auch weil die traditionell für die Armenpflege zuständigen Kommunen völlig überfordert waren.
Die Forschung hat sich erstaunlicherweise bisher kaum mit der Lebenswelt der Arbeiter beschäftigt, sondern den Schwerpunkt auf die politische Geschichte gelegt. Entsprechend kam die sozialhistorische Perspektive zu kurz und die Situation der Arbeiter wurde kaum näher beleuchtet. Dieses Manko wird im Rahmen dieses Beitrags kaum zu beseitigen sein, doch sollen einige grundlegende Aspekte aufgezeigt werden. Eine Analyse des Bergbaus soll als Momentaufnahme näherungsweise Einblicke in die Lage der Arbeiterschaft ermöglichen. Zu Hilfe kommt dabei die äußerst detaillierte französische Statistik.

AWO kämpft als Teil der Einheitsfront gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland!
Das vorläufige Ende der AWO Saar ist mit Ausgang der Saarabstimmung am 13.01.1935 jedoch besiegelt.

Die Geschichte des Saargebiets im Allgemeinen und die der saarländischen Arbeiter im Besonderen war von einer Dauerkrise geprägt. Vieles an sozialem Fortschritt, wie es die deutschen Kollegen etwa mit dem Betriebsrätegesetz oder dem Achtstundentag erfuhren, blieb den Saarländern vorenthalten oder kam nur mit erheblicher Verzögerung. Die Regierungskommission der ersten Jahre zeigte der Arbeiterschaft gegenüber kein Entgegenkommen. Im Gegenteil erwies sich Regierungspräsident Rault in Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages als Sachwalter der französischen Interessen. Konflikte trug er mit harter Hand, das heißt mit Militär, strengen Verordnungen wie Ausweisungen und Verhaftungen sowie Pressezensur und

Nach der Übernahme des AW-Hauses am 15. Januar 1935 verwüsteten die Nazis die Räume.

Demonstrationsverboten aus. Das zeitweilig erklärte Ziel der Franzosen, bis zur Volksabstimmung die Saarländerinnen und Saarländer für sich zu gewinnen und das Saargebiet somit dauerhaft an sich zu binden, konnte so nicht gelingen. Im Gegenteil vergrößerte sich der Gegensatz noch, zumal für die Saarbevölkerung an ihrem Bekenntnis zu Deutschland nie ein Zweifel bestand. Die Saarabstimmung fiel daher auch sehr deutlich aus: 90,7 Prozent votierten für die „Vereinigung mit Deutschland" und nur 0,4 Prozent für die „Vereinigung mit Frankreich". Immerhin 8,9 Prozent stimmten für den Status quo, also für die Beibehaltung der bisherigen Regierung durch den Völkerbund.

EXKURS: Wirtschaftsstruktur an der Saar

Ein Blick auf die Wirtschaftsstruktur, insbesondere den Bergbau, zeigt im Folgenden als eine Art Momentaufnahme grundlegende Zahlen zum Saargebiet und die sozioökonomische Realität seiner Bewohner. Zur Mitte des Jahrzehnts nahm der industrielle Sektor mit einem Anteil von knapp über 57 Prozent an den Erwerbstätigen eine kaum zu überschätzende Bedeutung ein.

Die Verhältnisse lassen sich für den Bergbau anhand der französischen Grubenstatistik differenziert betrachten: Zum 1. Dezember 1925 arbeiteten 69.575 Arbeiter und Vertragsangestellte in sämtlichen Bergwerken und Nebenbetrieben der saarländischen Gruben. Von ihnen waren 1202 Jugendliche unter 16 Jahren beziehungsweise Lehrlinge. Auf der größten der 14 saarländischen Gruben in Luisenthal arbeiteten 7829, auf der kleinsten Grube Bexbach 1180 Bergleute. Bis auf wenige Bürogehilfinnen arbeiteten keine Frauen für die saarländischen Bergwerke, es handelte sich also um eine reine Männerdomäne. Konkret verteilten sich die Berufsgruppen auf 1,8 Prozent Angestellte, 73,6 Prozent Arbeiter unter und 8,2 Prozent über Tage. In den Nebenbetrieben wie den Kokereien arbeiteten 16,5 Prozent. Die Produktion schwankte im Lauf der Zeit aufgrund von Wirtschaftskrisen und Streiks erheblich. Die Produktion der saarländischen Gruben betrug vor dem Ersten Weltkrieg 14 Millionen Tonnen. 1920 lag sie aufgrund der unsicheren Situation bei nur noch 10 Millionen Tonnen. Während des großen Arbeiterstreiks sank sie auf unter 10 Millionen Tonnen, erholte sich dann aber rasch und erreichte in den folgenden Jahren das Vorkriegsniveau. Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 brach die Förderleistung wieder ein. Mit der Krise wurden zudem massenhaft Arbeitsplätze abgebaut und sank schließlich auf etwa 43.000 im Jahr 1933.

Zurück zur Bergbaustatistik aus dem Jahr 1925: Die Bergleute stammten zu 83,4 Prozent aus dem Saargebiet, zu 15,7 Prozent aus dem Deutschen Reich. Dabei handelte es sich in der Regel um traditionelle Verbindungen zu den Arbeiterdörfern in die Restkreise St. Wendel und

Bergbau und Wohnen – „Kolonisten" in der 1921/22 errichteten Bergarbeitersiedlung Madenfelderhof bei Landsweiler-Reden (1926), Quelle: Delf Slotta

Wadern. Nennenswerte Herkunftsregionen waren noch der Landkreis Trier, die Bezirksamtsaußenstelle Homburg, das Bezirksamt Kusel sowie das alte Fürstentum Birkenfeld. Lediglich 0,7 Prozent kamen aus Frankreich und 0,2 Prozent aus sonstigen Ländern. Im Gegensatz zu anderen Industrierevieren dominierte bei der Arbeitskräftezuwanderung ganz überwiegend die Nahmigration aus dem direkt angrenzenden Umland. Der Weg zur Arbeit wurde von den Bergleuten zu 62 Prozent zu Fuß oder mit dem Fahrrad bestritten, zu 29,6 Prozent mit der Eisen- oder Straßenbahn und 8,5 Prozent kehrten nicht täglich von der Arbeit nach Hause zurück.

Die Arbeiter waren regional äußerst ungleich verteilt. So kann man von Bildstock mit 1257 Bergarbeitern bei etwa 6800 Einwohnern von einem Bergarbeiterdorf sprechen.

Angesichts der im unmittelbaren Umland gelegenen Gruben der Inspektion Friedrichsthal verwundert dies kaum. Andererseits arbeitete niemand in der unweit gelegenen Inspektion Neunkirchen. Bis auf drei Bergleute gelangten alle zu Fuß zum Betrieb, das heißt es gab hier eine enge Bindung zwischen Wohn- und Arbeitsort. Aus dem nordsaarländischen 650-Einwohner-Dorf Remmesweiler hingegen pendelten alle 64 Bergarbeiter per Bahn wahrscheinlich von der Haltestelle im benachbarten Niederlinxweiler auf die Arbeit. Sie verteilten sich gleichmäßig auf die Gruben der Inspektionen Heiligenwald, Spiesen sowie Neunkirchen, die entlang der Bahnstrecke lagen. Schließlich gingen aus dem Bliesdorf Bierbach im Bezirksamt St. Ingbert von den 999 Einwohnern lediglich 22 zur Grube, obwohl der Ort als Verkehrsknotenpunkt und Umsteigebahnhof zwischen den Bahnstrecken Saarbrücken-Pirmasens und Homburg-Saargemünd günstig gelegen war. Elf von ihnen pendelten zu Grubenbetrieben der Inspektion Spiesen und sieben zu denjenigen der Division St. Ingbert. Offenbar ging die Bevölkerung insgesamt in andere Industrien wie dem Maschinenbau in der örtlichen Niederlassung der Dinglerwerke oder in der eisenschaffenden Industrie in St. Ingbert oder Homburg. Die Landwirtschaft spielte außerdem immer noch eine bedeutende Rolle.

Von allen Bergleuten waren fast 76 Prozent katholisch, etwa 23 Prozent evangelisch und knapp ein Prozent andersgläubig. Von diesen umgerechnet 738 Personen waren fünf jüdisch, eine russisch-orthodox und die überwiegende Zahl wurde ohne Religionsangabe geführt. Der Anteil der Katholiken lag damit etwa vier Prozentpunkte über dem saarländischen Durchschnitt. Bis auf sieben Bergleute konnten alle lesen und schreiben.

Kanpp 97 Prozent der Belegschaft waren knappschaftsärztlich als tauglich für die Grubenarbeit befunden und dadurch in der Kranken-, Pensions- und Invalidenversicherungskasse Mitglied. Die restlichen Bergleute erfüllten aus verschiedenen Gründen nicht das Recht zur Mitgliedschaft beziehungsweise waren davon befreit. Die (wenigen) französischen Arbeiter gehörten zum Beispiel nur der Krankenkasse an.

Von der Gesamtbelegschaft wurden 43.615 oder 62,7 Prozent als verheiratet geführt, 25.220 oder 36,3 Prozent als ledig. Rund ein Prozent war verwitwet sowie 31 Bergleute oder 0,04 Prozent geschieden. Nimmt man bei den verheirateten Arbeitern noch die Ehefrauen in gleicher Zahl, die 127.316 Kinder sowie die 5038 zu ernährenden Eltern oder Großeltern und die 2982 zu ernährenden sonstigen Verwandten hinzu, ergeben sich 178.951 Angehörige, die zu den Bergmannsfamilien gehörten. Mit den knapp 70.000 Bergleuten selbst lebten fast 250.000 Saarländerinnen und Saarländer direkt vom Bergbau bei einer Gesamteinwohnerzahl von 770.000 im Jahr 1927.

Immerhin 22.801 Bergleuten (oder 29 Prozent) gehörte ein Haus, von denen 20.192 auch selbst ihr Eigentum bewohnten. 12.162 gehörten landwirtschaftliche Flächen. Entsprechend besaßen rund zwei Drittel kein Immobilieneigentum. Mit

Blick auf die Wohnverhältnisse lebten knapp 27 Prozent in einer privaten und 4,6 Prozent in einer grubeneigenen Mietwohnung. Die meisten, nämlich 31 Prozent, lebten bei den Eltern. 6,2 Prozent übernachteten die Arbeitswoche über in den Grubenschlafhäusern, 0,13 Prozent beziehungsweise 93 Arbeiter lebten ständig dort. Schließlich waren 2,3 Prozent Kostgänger bei privaten Wohneigentümern.

Der Besitz an Vieh spielte an der Saar eine bedeutende Rolle, was sich kulturell im Begriff der „Bergmannskuh", also einer Ziege, ausdrückte. Sie spiegelt besonders die Notwendigkeit des Zuverdienstes durch Verkäufe und der Selbstversorgung wider. Zwar war der Bestand an Pferden mit 178 gering und auch nur bei größeren Landwirtschaften notwendig. Aber die 10.462 Rinder, 10.421 Schweine und 17.522 Ziegen entlasteten durch die Herstellung von Fleisch und Milch das Haushaltseinkommen einer großen Zahl von Bergleuten. Angegeben waren außerdem Nebenerwerbstätigkeiten in geringer Zahl. So verdienten sich 182 Bergleute als Gastwirte, 249 als Handwerker sowie 316 durch weitere Nebentätigkeiten etwas hinzu. Die Statistik schlüsselt die Nebengewerbe weiter auf, darunter stechen an der Zahl besonders die Barbiere (30), Maurer (28), Schlosser (21) sowie Musiker (48) heraus.

Wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg arbeiteten auch zahlreiche „Kriegsbeschädigte" in den Bergwerken. Insgesamt 530 „Schwerkriegsbeschädigte" wurden von der Grubenverwaltung beschäftigt, davon 92 unter Tage. Schwerunfallbeschädigte gab es 348, mit 276 mehrheitlich wie die „Kriegsbeschädigten" über Tage tätig. 190 waren unter Tage, 86 über Tage verunglückt. Neben diesen bezogen insgesamt 1026 Bergleute dauerhaft und 901 befristet Zahlungen aus der Unfallversicherung.

Mit dieser knappen sozialhistorischen Analyse sollte ein Überblick über einige Strukturen der saarländischen Bergarbeiterschaft in der Zeit des Saargebiets statistisch dargestellt werden. Innenansichten etwa anhand von persönlichen Aufzeichnungen sind noch nicht erforscht und ein dringendes Desiderat. Ebenso stellen die gewerkschaftliche Organisation, der Arbeitsalltag und das dörfliche Milieu der Arbeiterdörfer noch wichtige Forschungsaufgaben dar.

Über Angela Braun-Stratmann

Angela Braun,
geborene **Stratmann**

geboren am 22.08.1892
in Neuss/Rhein
Beruf: Lehrerin, Journalistin

seit 19.05.1923 in Neuss mit Mathias (Max) Braun verheiratet

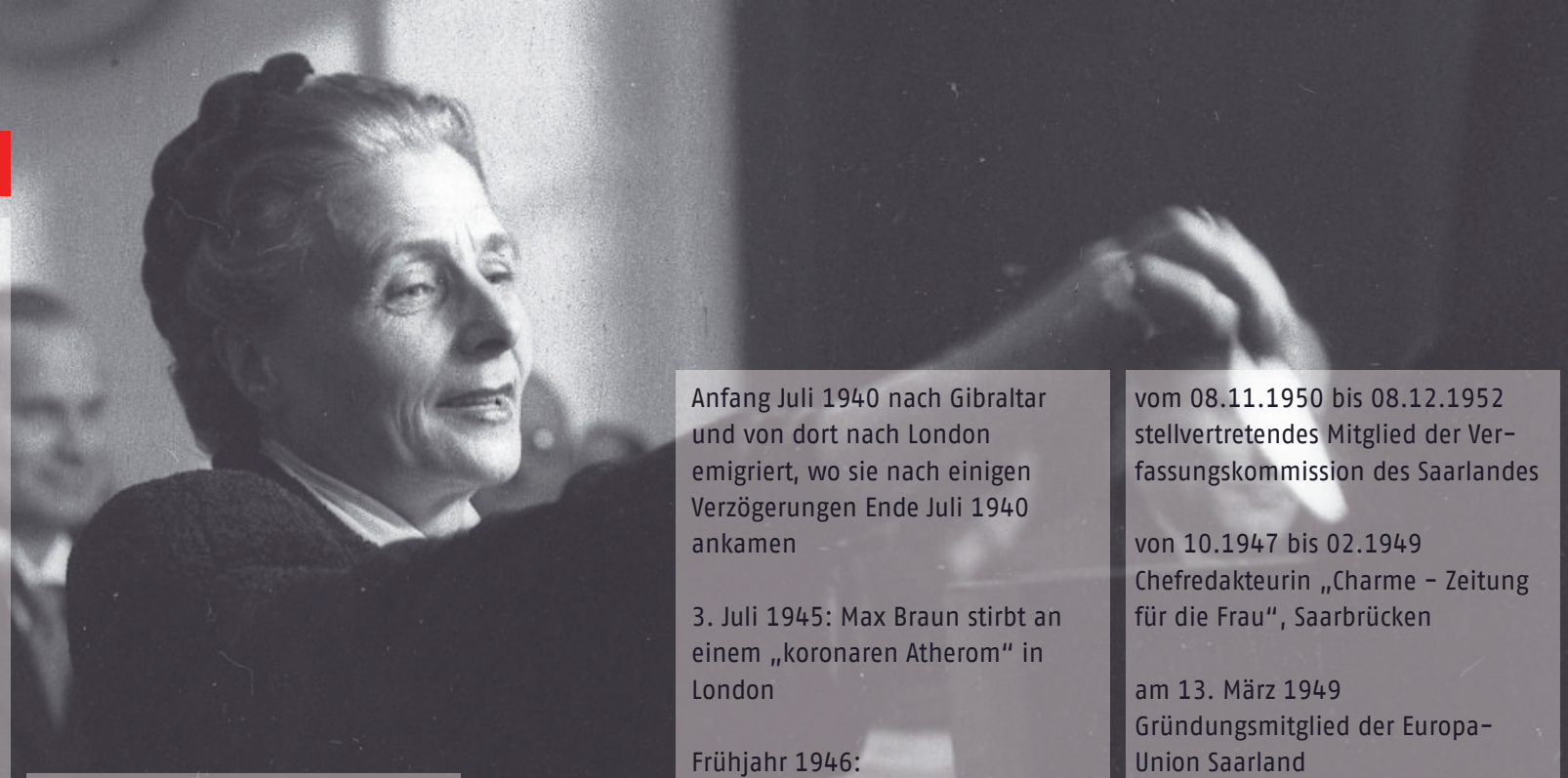
gestorben am 19.07.1966 in Bois-Colombes

seit 1919 SPD-Mitglied
vom 22.04.1923 bis 15.01.1935
SPD/S Unterbezirks-Vorstandsmitglied Saargebiet

ab August 1923 mit den Vorbereitungen zur Gründung der AW an der Saar durch den Hauptausschuss der Arbeiter-Wohlfahrt Berlin beauftragt

ab der offiziellen und formellen Gründungsversammlung
am 13.02.1924 bis 15.01.1935
Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Saargebiet e. V.

von 1928 bis 15.01.1935 Bezirksvorsitzende Saargebiet, Reichsarbeitsgemeinschaft der „Kinderfreunde“



am 15. Januar 1935 mit ihrem Ehemann Max Braun, dessen Bruder Heinz Braun und seiner Frau Irene Braun sowie Max Brauns Sekretärin, Lydia Melchior, nach Forbach emigriert

Mitte 1936 mit Max Braun nach Paris verzogen. Am 2. Dezember 1936 von den Nazis ausgebürgert

am 12. Juni 1940 von Paris nach Bordeaux geflohen

Ankunft in Bordeaux am 14. Juni 1940. Von dort am 21. Juni 1940 mit dem Schiff „Massillia“ weiter nach Casablanca, Ankunft am 24. Juni 1940

Anfang Juli 1940 nach Gibraltar und von dort nach London emigriert, wo sie nach einigen Verzögerungen Ende Juli 1940 ankamen

3. Juli 1945: Max Braun stirbt an einem „koronaren Atherom“ in London

Frühjahr 1946:
Rückkehr nach Saarbrücken

vom 15.03.1947 bis 08.03.1953
Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Saarland e. V.

vom 08.03.1953 bis 08.05.1956
Präsidentin der Arbeiterwohlfahrt Saarland e. V.

vom 23.01.1950 bis 05.03.1954
SPS OV-Vorstandsmitglied
St. Johann

vom 15.06.1947 bis 22.04.1951
SPS-Landesvorstandsmitglied
vom 05.10.1947 bis 08.12.1952
Mitglied des Landtages (SPS)

vom 08.11.1950 bis 08.12.1952
stellvertretendes Mitglied der Verfassungskommission des Saarlandes

von 10.1947 bis 02.1949
Chefredakteurin „Charme - Zeitung für die Frau“, Saarbrücken

am 13. März 1949
Gründungsmitglied der Europa-Union Saarland

seit 8. März 1953 Ehrenvorsitzende der AWO Saarland

1956 Wegzug nach Frankreich

Weitere Informationen *zur Person findet man in „Die Saarbrückerinnen - Angela Braun, Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin“, Seite 31 folgende,* **„***Max Braun, eine politische Biographie***“** *„Schlagt Hitler an der Saar“.*, *„Das zersplitterte Nein“ und „Milieus und Widerstand“.*

Quelle: Sammlung Rudi Strumm, Saarbrücken

Saarländisches Landesarchiv, N NL HartmannP 325, Foto: Paul Hartmann

„Neue Arbeit liegt vor uns.
Weiterbauen und ausbauen heißt
die Parole für den ganzen
großen Kreis der Aufgaben,
die wir uns gestellt haben.

Dazu brauchen wir viele Hirne
und Hände.
Und brauchen außerdem

Angela Braun-Stratmann, 1892-1966

Herzen, in denen das Feuer
wahrer Menschenliebe brennt.

Hirne, Herzen und Hände, die das Wort
verwirklichen wollen von der
Gleichberechtigung alles dessen,
was Menschenantlitz trägt.“

AWO

Saarland
100 JAHRE

OFFENES HERZ UND STARKER VERBAND